GESCHÄFTSORDNUNG FÜR DEN JUGENDHILFEAUSSCHUSS DER STADTGEMEINDE BREMERHAVEN

beim Amt für Jugend, Familie und Frauen in Bremerhaven

- § 1 Geltungsbereich der Geschäftsordnung
- § 2 Aufgabenstellung
- § 3 Stimmberechtigte und beratende Mitglieder/Sachverständige
- § 4 Vorsitz und Stellvertretung
- § 5 Vorbereitung von Sitzungen
- § 6 Durchführung von Sitzungen
- § 7 Einsetzen von Unterausschüssen
- § 8 Inkrafttreten

§ 1 Geltungsbereich der Geschäftsordnung

- (1) Diese Geschäftsordnung (GO) gilt für den Jugendhilfeausschuss (JHA) Bremerhaven.
- (2) Entsprechend der ausführlichen Darstellung der Aufgaben des JHA im Bremischen Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (BremAGKJHG) ist diese GO auf den JHA abgestimmt.
- (3) Die in dieser GO genannten Paragraphen beziehen sich ausschließlich auf das BremAGKJHG; andere Rechtsgrundlagen sind bezeichnet.

§ 2 Aufgabenstellung

- (1) Gesetzliche Grundlage
  - 1) Gesetzliche Grundlage für die Einrichtung und Aufgabenstellung des JHA ist das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG/SGB VIII) vom 26.06.1990 der jeweils geltenden Fassung. Der JHA nimmt *neben der Verwaltung des Jugendamtes* die Aufgaben eines Jugendamtes wahr (§ 70 KJHG) und befasst sich mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe (§ 71 i. V. m. § 80 KJHG).
  - 2) Die Grundlage für die Aufgabenwahrnehmung des JHA in der Stadtgemeinde Bremerhaven ist das BremAGKJHG vom 17.09.1991 in der jeweils geltenden Fassung. Er nimmt die in § 4 genannten Aufgaben wahr. Der JHA für die Stadtgemeinde Bremerhaven wird beim Amt für Jugend, Familie und Frauen eingerichtet (§ 2 Abs. 1). Der JHA wird für die Dauer einer Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven gebildet (§ 2 Abs. 8).
- (2) Jugendhilfepolitische Zielsetzungen

Die Schwerpunkte der jugendpolitischen Zielsetzungen ergeben sich im Wesentlichen aus § 4, der dem JHA eine umfassende Kompetenz zuweist; dazu gehören insbesondere:

  - Die Entwicklung und Gestaltung von Programmen und Konzeptionen (§ 4 Abs. 2).
  - Die Beteiligung an der Jugendhilfeplanung (§ 8).
  - Die Anhörung vor der Bestellung der Leitung des Jugendamtes beim Amt für Jugend, Familie und Frauen (§ 4 Abs. 1).
  - Die Anerkennung und Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe in der Stadtgemeinde (§ 4 Abs. 2 und 3 i. V. m. § 7 Abs. 2).
  - Das Recht, Anträge an den Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen der Stadtverordnetenversammlung zu richten und dort zu vertreten (§ 4 Abs. 4).

Besondere Bedeutung erhält dabei die Förderung der freien Jugendhilfe, die Jugendberufshilfe, die Förderung der Arbeit mit ausländischen Kindern und Jugendlichen sowie die Förderung von Mädchenarbeit.

- (3) Abgrenzung zu den Aufgaben der Verwaltung

- 1) Die Aufgaben des Jugendamtes werden durch den JHA und durch die Verwaltung des Amtes für Jugend, Familie und Frauen wahrgenommen (§ 70 KJHG).
- 2) Bei Aufstellung und Veränderung von politischen Rahmendaten in der Jugendhilfe hat er eine beratende Funktion.
- 3) Er unterstützt die Verwaltung fachlich bei der Ausführung ihrer Aufgaben; Beschlüsse sind von der Verwaltung umzusetzen. Bei Beschlüssen, die die Verwaltung wegen rechtlicher oder finanzieller Bedenken nicht umsetzen kann, trifft der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen die endgültige Entscheidung.
- 4) Die Verwaltung hat alle einzelfallübergreifenden Dienstanweisungen, die die Kinder- und Jugendhilfe der Stadtgemeinde Bremerhaven betreffen, dem JHA vorzulegen.
- 5) Die Ergebnisse der nach § 78 KJHG einzurichtenden Arbeitsgemeinschaften sind dem JHA über die Verwaltung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
- 6) Modellmaßnahmen sind im JHA zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

(4) *Abgrenzung zum Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen*

Der Jugendhilfeausschuss beschließt im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel und im Rahmen von Programmen und Konzepten, die ihm vom Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen übertragen worden sind.

§ 3 Stimmberechtigte und beratende Mitglieder/Sachverständige

(1) **Stimmberechtigte Mitglieder (§ 2 Abs. 2 BremAGKJHG)**

Dem JHA gehören 15 stimmberechtigte Mitglieder an. Das Verfahren für die Nominierung und die Wahl/Bestellung der stimmberechtigten Mitglieder und ihrer Stellvertreter:innen ist in § 2 Abs. 2 geregelt.

(2) **Beratende Mitglieder**

Dem JHA gehören höchstens 13 beratende Mitglieder an. Die Zusammensetzung der beratenden Mitglieder und ihrer Stellvertreter:innen ergibt sich aus § 2 Abs. 3 und Abs. 7, Satz 1. Zusätzlich können bis zu zwei Vertreter:innen selbstorganisierter Zusammenschlüsse zur Selbstvertretung gem. § 4a SGB VIII durch den Ausschuss selbst für jeweils eine Amtsperiode als beratende Mitglieder benannt werden.

(3) **Mitarbeiter/innen des Amtes für Jugend und Familie**

Die Abteilungsleiter:innen oder in Vertretung ihr:e Stellvertreter:innen und Stabsstellen des Amtes für Jugend und Familie können regelmäßig an den Sitzungen des JHA als Sachverständige teilnehmen. Die Entscheidung darüber trifft das zuständige Magistratsmitglied bzw. die Leitung des Amtes für Jugend, Familie und Frauen.

(4) **Beteiligung von Sachverständigen**

Sachverständige können zu den Sitzungen hinzugezogen werden (§ 2 Abs. 7, Satz 1). Sie werden von der Verwaltung direkt eingeladen.

§ 4 Vorsitz und Stellvertretung

(1) **Der JHA wählt aus dem Kreis seiner Mitglieder eine:n Vorsitzende:n sowie deren Stellvertretung (§ 2 Abs. 6). Die Aufgaben sind in § 5 und § 6 dieser GO geregelt.**

(2) **Der/die Vorsitzende vertritt die Beschlüsse des JHA im Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen der Stadtverordnetenversammlung und nimmt als ständiger Gast an deren Sitzungen teil.**

§ 5 Vorbereitung der Sitzungen

(1) Sitzungstermine/Tagesordnung

- 1) Der/die Vorsitzende bereitet die Sitzungen des JHA unter Beteiligung des zuständigen Magistratsmitgliedes und der Verwaltung vor und stellt die Tagesordnung auf.
- 2) Die Terminplanung soll langfristig erfolgen und nach Möglichkeit Themenschwerpunkte vorsehen.
- 3) Die Häufigkeit der Sitzungen richtet sich nach dem Bedarf der abzuarbeitenden Themen; sie sollen mindestens vierteljährlich stattfinden.

(2) Einladung

- 1) Die Verwaltung fertigt die Einladung nach § 5 Abs. 1 Ziffer 1 GO an. Einladung, Tagesordnung, Protokolle und Vorlagen sollen spätestens 7 Kalendertage vor der Sitzung im Internet veröffentlicht werden.
- 2) Ausschließlich Vorlagen, bei denen es Ausschlussgründe für eine Veröffentlichung gibt, werden den Mitgliedern zugesendet.

(3) Einberufung auf Antrag der Mitglieder (§ 4 Abs. 5 BremAGKJHG).

Der JHA ist zu einer Sitzung einzuberufen, wenn mindestens ein Fünftel der stimmberechtigten Mitglieder oder das zuständige Magistratsmitglied dies beantragen; Absatz 2 ist entsprechend anzuwenden.

(4) Vorlagen

- 1) Vorlagen können von den stimmberechtigten Mitgliedern des JHA, dem zuständigen Magistratsmitglied oder den anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe eingebracht werden. Die Verfasser:innen von Vorlagen werden in der Regel als Sachverständige zu den Sitzungen eingeladen.
- 2) Vorlagen für die Sitzungen des JHA sind 15 Kalendertage vor dem Sitzungstermin beim Amt für Jugend, Familie und Frauen einzureichen, damit die in Absatz 2 genannten Fristen eingehalten werden können.
- 3) Aufgabe des Amtes für Jugend, Familie und Frauen ist es, sicherzustellen,
  1. die Vorlagen beratbar zu machen (Unterlagen ggf. ergänzen, vervielfältigen, versenden etc.);
  2. die Vorlagen der/dem Vorsitzenden zuzuleiten.

4) Vorlagen sind nachfolgendem Schema aufzubauen:

A: Problem

B: Lösung

C: Alternativen

D: Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen

E: Beteiligung/Abstimmung

F: Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

G: Beschlussvorschlag

- 5) Der nicht fristgerechte Versand von Vorlagen ist aufzwingend notwendige Ausnahmefälle zu beschränken. Eine entsprechende Begründung ist der Vorlage beizufügen. Über die Behandlung entscheidet der JHA bei der Genehmigung der Tagesordnung.
- 6) Beschlussvorschläge zu den einzelnen Vorlagen können von den stimmberechtigten Mitgliedern, dem zuständigen Magistratsmitglied und der Leitung des Jugendamtes eingebracht werden. Darüber ist abzustimmen.

§ 6 Durchführung von Sitzungen

(1) Sitzungsleitung

Die Sitzungen des JHA werden von dem/der Vorsitzenden geleitet. Bei Verhinderung nimmt die Stellvertretung diese Aufgabe wahr.

(2) Abstimmungen

- 1) Bevor eine Abstimmung durch die stimmberechtigten Mitglieder des JHA erfolgt, sind die genannten beratenden Mitglieder des JHA - *soweit sie anwesend sind* - zum jeweils für die Abstimmung heranstehenden Thema zu hören.
- 2) Beschlüsse des JHA bedürfen der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.

(3) Umlaufverfahren

- 1) Ist die rechtzeitige mündliche Behandlung einer Angelegenheit aus wichtigem Grund, insbesondere wegen ihrer Eilbedürftigkeit oder Termingebundenheit, in einer Sitzung nicht möglich, so kann nach Freigabe durch die/den Vorsitzende die Abstimmung per E-Mail innerhalb einer angemessenen Frist erfolgen.
- 2) Das textförmliche Umlaufverfahren findet auch Anwendung, wenn die Sitzung per Videokonferenz stattfindet.
- 3) Textförmliche Umlaufverfahren werden per Beschlussprotokoll dokumentiert.
- 4) Mit Ablauf der Frist zur Rückmeldung endet das textförmliche Umlaufverfahren.

(4) Mitwirkungsverbot

Ein Mitglied des JHA darf nicht bei Beratungen oder Entscheidungen mitwirken, die ihm/ihr selbst oder seinem/ihrer Ehegatten, seinem/ihrer Verwandten bis zum dritten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grade oder einer von ihm/ihr kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen können. Das gilt auch, wenn das Mitglied des JHA.

1. in der Angelegenheit in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben hat oder sonst tätig geworden ist,
2. gegen Entgelt bei einer Person beschäftigt ist, die an der Erledigung der Angelegenheit ein persönliches oder wirtschaftliches Sonderinteresse hat.

Diese Vorschriften gelten nicht, wenn ein Mitglied des JHA an der Entscheidung der Angelegenheit lediglich als Angehörige:r eines Berufes oder einer Bevölkerungsgruppe beteiligt ist, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden. Darüber, ob die Voraussetzungen vorliegen, entscheidet der JHA. Wer an der Beratung nicht teilnehmen darf, muss den Beratungsraum verlassen.

(5) Beschlussfähigkeit

Der JHA ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

(6) Öffentlichkeit

Die nach § 4 Abs. 5 einzuberufenden Sitzungen des JHA sind öffentlich, soweit nicht das Wohl der Allgemeinheit, berechnete Interessen einzelner Personen oder schutzbedürftiger Gruppen entgegenstehen. Im Zweifelsfall entscheidet die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder.

(7) Geschäftsführung

Die verwaltungsmäßige Abwicklung der Sitzungen des JHA sowie die Protokollführung obliegt dem Amt für Jugend, Familie und Frauen. Das Protokoll wird als Ergebnisprotokoll geführt. Die Anwesenheit stimmberechtigter und beratender Mitglieder wird im Protokoll vermerkt. Für terminierte Beschlüsse und auf Anforderung eines Mitgliedes wird eine Beschlusskontrolle geführt.

§ 7 Einsetzen von Unterausschüssen (§ 2 Abs. 7 BremAGKJHG)

(1) Grundsätze

- 1) Bei Bedarf besteht die Möglichkeit, für einzelne Aufgabenbereiche der Jugendhilfe Unterausschüsse aus Mitgliedern des JHA einzurichten.
- 2) Dabei soll eine gleichmäßige Beteiligung aller von der Stadtverordnetenversammlung gewählten und von den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe vorgeschlagenen Mitglieder gewährleistet sein.
- 3) Über die konkrete Zusammensetzung, Größe, Beteiligung anderer Stellen und die Frage einer ständigen oder nicht ständigen Einrichtung derartiger Unterausschüsse entscheidet der JHA im Einzelfall.
- 4) Sachverständige können zu den Sitzungen hinzugezogen werden.

(2) Aufgaben

Soweit erforderlich, werden die Unterausschüsse für die Abwicklung spezieller Themen im Rahmen der Zuständigkeit des JHA und dabei insbesondere für die unter § 2 genannten Aufgaben eingerichtet.

(3) Vorsitz

Die Unterausschüsse wählen aus dem Kreis der Mitglieder eine:n Vorsitzende:n und deren Stellvertretung. Für die Sitzungsleitung gelten die in § 6 dieser GO enthaltenen Ausführungen analog.

(4) Geschäftsführung

Die Geschäftsführung für die Unterausschüsse einschließlich der Protokollführung und der technischen Abwicklung der Sitzung wird durch das Amt für Jugend, Familie und Frauen und Familie sichergestellt. Wenn nichts Abweichendes geregelt wird, übernimmt die Amtsleitung oder die zuständige Abteilungsleitung, in dessen/deren Aufgabenbereich der Arbeitsschwerpunkt liegt, die Geschäftsführung.

(5) Beschlüsse

Die in den Unterausschüssen gefassten Beschlüsse bedürfen der Bestätigung durch den JHA, soweit der JHA keine andere Vorgabe beschlossen hat.

§ 8 Inkrafttreten

Diese GO ist vom JHA am XX.XX.XXXX verabschiedet worden und tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.